



COMMUNIQUÉ an alle Mitgliedsgewerkschaften der PSI - 30. Mai 2016

Vorstand der Internationalen der Öffentlichen Dienste – EB-148

Tagung 19. - 20. Mai 2016

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Der Vorstand (EB) 148 der Internationalen der Öffentlichen Dienste tagte am 19. und 20. Mai, um die Fortschritte seit der letzten Vorstandstagung zu beurteilen und Beschlüsse über künftige Prioritäten und Aktionen zu fassen. Die Vorstandsmitglieder hörten einen umfassenden Tätigkeitsbericht, genehmigten einen revidierten Haushalt 2016, nahmen den 2015 erzielten Überschuss zu Kenntnis und erörterten die Fortschritte bei den Vorbereitungen für den Kongress 2017.

Auf seiner Tagung im Mai 2015 hatte der EB-147 erfahren, dass sich die PSI als globale Anführerin im Kampf gegen Privatisierung, schädliche Handelsabkommen und Steuern hinterziehende, multinationale Konzerne etablierte und zudem in der IAO entschieden gegen Angriffe auf das Streikrecht Stellung bezog. Die Interventionsstrategie der PSI gegen Ebola werde weiter gefördert. Der EB-148 nahm die umfassende Arbeit in diesen und anderen Bereichen zur Kenntnis. Hierzu zählten:

- die von der PSI im Dezember 2015 in Washington organisierte *Tagung globaler Führungskräfte zur Privatisierung*, auf der Wege zur Stärkung des weltweiten Kampfes gegen Privatisierung erkundet und anschließend das PSI-Rundschreiben „Privatization Watch“ zur Bekämpfung von Privatisierung eingeführt wurde.
- die Ernennung der Generalsekretärin zum Mitglied der *Hochrangigen Kommission der Vereinten Nationen für Gesundheit, Beschäftigung und Wirtschaftswachstum* unter dem Vorsitz des französischen Präsidenten François Hollande und des südafrikanischen Präsidenten Jacob Zuma.
- die Teilnahme an der *UN-Konferenz zu Ebola* in New York und die Leitung einer Delegationsreise mit TeilnehmerInnen aus Sierra Leone, Liberia und Ghana in die USA, um dort Lobbyarbeit beim US-Kongress, dem US Surgeon-General (operativer Leiter des öffentlichen Gesundheitswesens in den USA), der Weltbank und USAid zu leisten.
- die Teilnahme der Generalsekretärin an der Vorstellung der weltweiten Erklärung der Unabhängigen Kommission zur *Reform der Besteuerung internationaler Unternehmen* (ICRICT) mit Joseph Stiglitz, José Ocampo und Eva Joly. Hierüber wurde in den Medien ausführlich berichtet.
- die Ausrichtung des *Weltsteuergipfels der ArbeitnehmerInnen*, auf dem erstmals Führungskräfte globaler Gewerkschaftsföderationen und der Zivilgesellschaft zusammenkamen, um an einem weltweiten, gemeinsamen Programm weiterzuarbeiten, mit dem Konzerne zur Zahlung ihres gerechten Anteils an Steuern bewegt werden sollen. Ein mit der ITF gemeinsam erstelltes Exposé über Chevrons Steuerumgehungspraktiken wurde ebenfalls herausgebracht.
- die Einreichung einer Beschwerde bei der IAO im Namen von 230.000 Beschäftigten der kanadischen Bundesbehörden und die Unterstützung der Mitgliedsgewerkschaften im VK in ihrem Widerstand gegen das Gewerkschaftsgesetz dort (Trade Union Bill).
- die Organisation des Seminars *Öffentliche Dienste heißen MigrantInnen willkommen* am 14.- 16. März in Brüssel mit dem Ziel, eine Diskussion über Möglichkeiten zur Stärkung und Erweiterung der Rolle der

Gewerkschaften öffentlicher Dienste bei der Bewältigung der Migrations- und Flüchtlingsströme anzustoßen.

- Fortschritte bei der Umsetzung des Aktionsplans zu kommunaler und regionaler Regierungsarbeit, den der Lenkungsausschuss auf seiner Tagung am 18. November 2015 genehmigte.
- die Beteiligung an der Analyse und Bekanntmachung des größten Lecks von Handelsdokumenten aller Zeiten, durch das das geheime Abkommen zum Handel mit Dienstleistungen (TISA) ans Tageslicht gelangte.
- die Organisation von Länderkampagnen gegen Handelsabkommen in mehr als 10 Ländern, u.a. die erfolgreichen Kampagnen in Uruguay und Paraguay, in deren Folge beide Länder aus den TISA-Verhandlungen ausstiegen.
- die Lobbyarbeit für die Weiterentwicklung der nachhaltigen Entwicklungsziele der UN in dem Bemühen, Bezugnahmen auf Privatisierung als Mittel zur Förderung von Entwicklung zu streichen.
- die Teilnahme an COP21-Veranstaltungen. Hierzu gehörte auch die Veröffentlichung einer Analyse, aus der hervorgeht, dass TISA die Möglichkeiten zur Bewältigung des Klimawandels beschneidet. Dies fand in der Presse und sozialen Medien starke Beachtung, unter anderem in der Zeitung The Guardian.

Der EB-148 stellte eine Reihe politischer Entwicklungen, darunter den Aufstieg populistischer, rechtsgerichteter und häufig rassistischer politischer Einstellungen, fest und führte sie darauf zurück, dass sich durch die wirtschaftlichen Folgen jahrzehntelanger Liberalisierung und zunehmender Ungleichheit bei der arbeitenden Bevölkerung viel Zorn aufgestaut hat. Der Vorstand wies auf die Verantwortung der organisierten Arbeiterschaft für die Verteidigung der Menschenrechte von Flüchtlingen angesichts dieser politischen Veränderungen hin.

Der EB-148 nahm die kürzlich erfolgte Ablehnung des Normenentwurfs der *International Standards Organisation* (ISO) über Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz positiv als Chance für die IAO zur Kenntnis, nunmehr auf globaler Ebene innerhalb des UN-Systems eine neue Norm für ArbeitnehmerInnen herauszubringen.

Der EB-148 drückte seine tiefe Besorgnis über die Lage in Brasilien aus. Dort wurde durch einen „Putsch des Parlaments“ ein Amtsenthebungsverfahren gegen die rechtmäßige Präsidentin Dilma Roussef herbeigeführt. Neoliberale und konservative Abgeordnete standen an der Spitze der Kampagne zur Absetzung von Präsidentin Roussef auf der Grundlage äußerst umstrittener administrativer Argumente und eines zweifelhaften Rechtsverfahrens. Der Vorstand ist der Auffassung, dass, von dem politischen Kampf einmal abgesehen, die demokratischen Institutionen in Brasilien von konservativen Kräften attackiert werden.

Der EB-148 brachte seine Solidarität mit den brasilianischen ArbeitnehmerInnen und Gewerkschaften zum Ausdruck. Sie sind nun heftigen Angriffen auf die in den letzten 15 Jahren entwickelte politischen Strategien der öffentlichen Hand ausgesetzt, darunter auch Programmen zur Umverteilung von Erträgen, mit deren Hilfe mehr als 40 Millionen brasilianische Frauen und Männer Armut und Hunger hinter sich lassen konnten. Die PSI steht an der Seite ihrer brasilianischen Mitgliedsgewerkschaften und unterstützt ihren Kampf.

Der EB-148 erörterte die künftigen Prioritätsbereiche für die Arbeit der PSI und genehmigte u.a. folgende Pläne:

- Kampf gegen die Privatisierung im Nachgang zur Tagung der globalen Führungskräfte in Washington und Einrichtung einer Internetplattform zur Erfassung und Weitergabe von Informationen über Privatisierung.
- Arbeit zum Thema Migration und Flüchtlinge, um eine Nachweisbasis aufzubauen, die Botschaft auf alle Gewerkschaften auszudehnen und das Engagement bei der IAO fortzusetzen.
- Teilnahme der PSI an der IAK, Beteiligung an der Diskussion über globale Wertschöpfungsketten und Förderung der Erörterungen im *Ausschuss für die Durchführung der Normen* der Länder Algerien, Guatemala und Türkei.

- Umsetzung der Strategie für junge ArbeitnehmerInnen und Erwägung einer PSI-Akademie für junge ArbeitnehmerInnen.
- Vorbereitungen für den Kongress 2017: hervorheben, was die PSI bereits erreicht hat; welche Rolle die Gewerkschaften des öffentlichen Sektors spielen, wenn es darum geht, die Welt zu einem besseren Ort zu machen; und wie die PSI weiter gestärkt werden kann.
- Stärkung und Demokratisierung der Satzung der PSI. Hierzu wird der Arbeitsgruppe Satzung ein Mandat erteilt, im Vorlauf zum Kongress 2017 Satzungsänderungen auszuarbeiten.

Sobald es verfügbar ist, wird das Protokoll allen PSI-Mitgliedern auf der Website der PSI zugänglich gemacht.

Die nächste Vorstandstagung wird der EB-149 sein, die am 22.-23. November 2016 stattfinden soll. Vorher werden sowohl der Geschäftsordnungsausschuss des Kongresses als auch die Arbeitsgruppe Satzung tagen.

Rosa Pavanelli, PSI Generalsekretärin